Unerhörte Appelle: Moral-Diskurs am Beispiel der spanisch-schweizerischen Waffenausfuhr und des Spanien-Tourismus*

Moisés Prieto

Unheard Appeals: A Discourse on Morals – the Spanish-Swiss Arms Trade and Swiss Tourism in Spain

Capital and Morals are a well-known dichotomy that until now has above all interested philosophers and social-scientists. On the basis of two case-studies in post-war times the different uses of moral arguments in public political discourse in Switzerland are presented: Arms trade and tourism to Spain. After WWII Switzerland intensified its relations with the Franco regime. Swiss banks granted Spain large credits to shore up the Spanish economy after the civil war. In addition, Swiss firms founded affiliated companies on the Iberian peninsula. In the early 70s Spanish demand for Swiss arms increased vertiginously, and the regime became the second biggest customer of the Swiss armament industry. At the time Spain had become one of the most popular holiday destinations in Europe thanks to the targeted promotion of tourism, which aimed at improving national revenues as well as brightening the tarnished image of Spain's dictatorial regime. Especially in the late 60s the Left began to question this problematic relationship from a moral point of view. Despite the high percentage of voters in favour of radically curbing the export of arms and despite the existing laws, the Swiss Federal government downplayed criticism of Spain. Correspondingly, left-wing politicians criticized the Swiss tourists who travelled to Spain without taking into account the country's precarious situation concerning human rights. Appeals to choose alternative destinations for travelling abroad were widely ignored.

* Der folgende Artikel vertieft und verbindet zwei Themen miteinander, die in meiner Dissertation auftreten und die unter einem neuen Gesichtspunkt behandelt werden. Vgl. Moisés Prieto, Zwischen Apologie und Ablehnung. Schweizer Spanien-Wahrnehmung vom späten Franco-Regime bis zur Demokratisierung 1969–1982, Köln 2015 (Zürcher Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 6).

Moisés Prieto, University of Oxford (Academic Visitor), History Faculty, George Street, OX1 2RL Oxford, United Kingdom, moises.prieto@history.ox.ac.uk

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

«Mein Sohn, sey mit Lust bey den Geschäften am Tage, aber mache nur solche, dass wir bey Nacht ruhig schlafen können.»[1]

Aus Thomas Manns *Buddenbrooks*.

«Nummus bella gerit, nec si vult, pax sibi deerit.»[2]

Aus dem Carmen 11, Versus de nummo, *Carmina Burana*.

Obige Ermahnung der Familie Buddenbrook an die jeweils kommende Generation suggeriert die Vorstellung des reinen Gewissens als Garantie für einen sorglosen «Schlaf der Gerechten». Nicht selten münden solche Überlegungen in eine Dichotomie zwischen Moral oder Verantwortung auf der einen Seite und Kapital oder Gewinnmaximierung auf der anderen. Dieses Dilemma konnte sich selbst einer Behandlung in Literatur und Kino nicht entziehen, wie Henrik Ibsens Drama *Ein Volksfeind* oder Steven Spielbergs Film *Der weisse Hai* zeigen.

Dieser Antagonismus lässt sich jenseits literarischer Fiktion am Beispiel der Waffenexporte verdeutlichen und zwar besonders dann, wenn der Waffenabnehmer ein autokratischer Staat ist, wo das importierte Kriegsmaterial als Symbol militärischer Überlegenheit oder als Mittel zur Unterdrückung des eigenen Volkes oder einer Minderheit zum Einsatz kommt. Ein konkreteres Beispiel liegt nicht allzu lange zurück. Am 6. März 2014 nahm der schweizerische Nationalrat eine Lockerung der Kriegsmaterialausfuhr knapp an, die darauf abzielte, die Schweizer Rüstungsindustrie vor europäischen Konkurrenten zu schützen. Diese umstrittene Massnahme evoziert das 1972 vom Schweizer Parlament verabschiedete Bundesgesetz über das Kriegsmaterial. Obschon unter Artikel 11 die Waffenausfuhr in jene Länder verboten wurde, in welchen «gefährliche Spannungen» bestanden oder «die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde» beeinträchtigt wurden, zählten zwei Autokratien wie Spanien und der Iran zu den wichtigsten Abnehmern der Schweizer Rüstungsindustrie.[3]

Gerade Spanien und die Schweiz mit ihren vielseitigen Beziehungen eignen sich für eine Untersuchung der sozialen Mobilisierung und der öffentlichen Anprangerung derart umstrittener Begegnungsräume. Im

1 Thomas Mann, Buddenbrooks. Verfall einer Familie, Berlin 1995, S. 56.
2 Carmina Burana, ausgew., übers. u. hrsg. von Günter Bernt, Stuttgart 1992, S. 28f. Deutsche Übersetzung: «Das Geld führt Krieg, doch wenn es will, fehlt's ihm an Frieden nicht.»
3 Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972, in: Bundesblatt, Bd. 2, Heft 39, 29. September 1972.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Folgenden soll der Moral-Diskurs in der Schweiz der späten 1960er- und 70er-Jahre anhand zweier konkreter Fallbeispiele aufgezeigt werden. Nebst der unterschiedlichen Verwendung des Moral-Arguments in der öffentlichen Debatte um Wirtschaftsbeziehungen und wirtschaftsrelevanten Praktiken soll auch auf die Wirksamkeit der Appelle fokussiert werden. Nach einer groben Skizzierung der gegenseitigen kommerziellen und finanziellen Interessen soll zunächst der schweizerische Kriegsmaterialexport nach Spanien und die respektive Rhetorik von dessen Gegnern und Befürwortern dargestellt werden. Das zweite Fallbeispiel setzt sich hingegen mit dem Spanien-Tourismus auseinander, der zwar eine auf den ersten Blick kaum politische Praxis darstellt, die allerdings ebenfalls zunehmend in die Kritik linker Sektoren geriet. Aus spanischer Perspektive war der Gewinn aus dieser Branche nicht bloss von grösster wirtschaftlicher Bedeutung, denn der Tourismus sollte zugleich das Regime vom kompromittierenden faschistischen Erbe reinwaschen. Umso wichtiger war es für die antifranquistische Opposition, das «wahre Gesicht» der Diktatur zu zeigen und eine Antithese zur offiziellen Regimepropaganda zu verbreiten. So unterschiedlich die beiden Fallbeispiele sein mögen, – Aufrüstung und Kriegsbereitschaft auf der einen Seite, Freizeit und Sorglosigkeit auf der anderen – so bergen sie doch in beiden Fällen und aus verschiedenen Gründen eine von einem grossen Teil der Gesellschaft als verwerflich oder zumindest polemisch angesehenes Verhalten mit intrinsischen Diskrepanzen.

Das Dilemma zwischen moralischen Einwänden und der Optimierung wirtschaftlichen Gewinns kennt eine Auflösung im berühmten Zitat von Thomas Jefferson: «Money, not morality, is the principle commerce of civilized nations.»[4] Und obschon zahlreiche Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart die Unterordnung moralischer Prinzipien unter wirtschaftliche Interessen zeigen, dass dieses mittlerweile mit einem idealistisch-naiven Blick auf die Welt verbunden ist, kann gerade die Frage nach dem Umgang mit dieser Diskrepanz aus historischer Perspektive wertvolle Erkenntnisse für die Sozialgeschichte der Nachkriegsmentalität erbringen.[5] Ferner ist anzumerken, dass die Frage ob «moralisch» oder «unmoralisch» subjektiv, relativ und deshalb umstritten ist.[6]

4 Susanne Hilger, «Kapital und Moral» in der Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung, in: dies. (Hg.), Kapital und Moral. Ökonomie und Verantwortung in historisch-vergleichender Perspektive, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 9–34, hier S. 9.

5 Jakob Tanner, Die internationalen Finanzbeziehungen der Schweiz zwischen 1931 und 1950, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 47/4 (1997), S. 492–519.

6 John Rawls, The Independence of Moral Theory, in: Proceedings and Addresses of the American Philosophical Association 48 (1974), S. 5–22, hier S. 9.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Das Problem um die Gegenüberstellung von Moral und Markt oder Konsum ist ein Thema, womit sich bis anhin vor allem Wirtschafts-, Sozialwissenschaftler und Philosophen beschäftigt haben, während bei der Geschichtswissenschaft ein gewisses Zögern feststellbar ist. Zu ersteren Bemühungen sind insbesondere die Arbeiten von Nico Stehr und Marian Adolf zu zählen, die von einer «Moralisierung des Marktes» sprechen.[7] Indessen definiert der französische Philosoph André Comte-Sponville Wirtschaft und Kapitalismus *per se* als amoralisch, das heisst, die Frage, ob diese moralisch oder unmoralisch seien, betrachtet er als unangemessen oder nicht anwendbar.[8] Andere Autoren erkennen hingegen dieser Dichotomie doch eine gewisse Gültigkeit an.[9]

Gerade vor dem Hintergrund einer heranwachsenden Konsumgesellschaft seit dem Ende der 50er-Jahre und der gesellschaftskritischen Öffentlichkeit im Zuge der 68er-Bewegung, die eine «Ideologie der allumfassenden Politik» hervorbrachte,[10] artikulierte sich eine Spannung, die sämtliche Gesellschaftsbereiche umfasste und mitunter auch die Wirtschaft tangierte. Die moralische Hinterfragung von Konsum ist ein vor allem von NGOs getragenes Phänomen, das erst ab Ende der 70er-Jahre verstärkt ansetzte.[11]

Die hier angestrebte Verflechtung von wirtschaftlicher Korrespondenz, Sitzungsprotokollen, Positionspapieren und Zeitungsartikeln mit quantitativem Material ermöglicht einen Einblick in eine komplexe gesellschaftliche Thematik, die kaum an Aktualität eingebüsst hat.

7 Nico Stehr, Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie, Frankfurt a. M. 2007; Nico Stehr, Marian Adolf, Konsum zwischen Markt und Moral. Eine soziokulturelle Betrachtung moralisierter Märkte, in: Stephan A. Jansen, Eckhard Schröter, Nico Stehr (Hg.), Mehrwertiger Kapitalismus. Multidisziplinäre Beiträge zu Formen des Kapitalismus und seiner Kapitalien, Wiesbaden 2008, S. 195–217; Nico Stehr, Marian Adolf, Der Konsum der Verbraucher, in: Heribert Meffert, Peter Kenning, Manfred Kirchgeorg (Hg.), Sustainable Marketing Management. Grundlagen und Cases, Wiesbaden 2014, S. 55–70.

8 André Comte-Sponville, Kann Kapitalismus moralisch sein? Übers. von Hainer Kober, Zürich 2009, S. 79–100.

9 Hilger, «Kapital und Moral», S. 10.

10 Comte-Sponville, Kapitalismus, S. 19.

11 Claudius Torp, Wachstum, Sicherheit, Moral. Politische Legitimationen des Konsums im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012 (Das Politische als Kommunikation, Bd. 4), S. 118–128.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Die spanisch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen in der Nachkriegszeit

Am Vorabend des Spanischen Bürgerkrieges bestanden die schweizerischen Interessen auf der Iberischen Halbinsel aus Schweizer Tochterfirmen auf spanischem Boden und aus der Beteiligung Schweizer Kapitals an ausländischen Firmen mit Sitz in Spanien.[12] Konzerne im Bereich der Elektrizität wie die Brown Boveri & Cie., des Versicherungswesens, daneben auch Chemie- und Lebensmittelkonzerne wie Nestlé waren stark vertreten. Auch der Bankensektor begann zusehends Fuss zu fassen.

Mitten im Bürgerkrieg gewährte der Schweizerische Bankverein der Franco-Regierung einen Kredit in der Höhe von einer Million Pfund.[13] Im Zuge der Machtübernahme durch die Anarcho-Syndikalisten in Katalonien und der daraus resultierenden Kollektivierungsbestrebungen, die auch Schweizer Interessen tangierten, wandte sich die Schweizer Landesregierung immer deutlicher den Rebellen zu. Entsprechend bemühte sich die Schweiz schon vor der Niederlage der Spanischen Republik um eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem nationalistischen Lager.[14]

Die Phase nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand dann im Zeichen einer Erneuerung der wirtschaftlichen Beziehungen.[15] Die Schweiz verzichtete auf die von der UNO initiierten Sanktionen gegen ehemalige Partner der Achsenmächte und kam sogar den zuvor verein-

12 Beatriz Sánchez Fernández, Proteccionismo y liberalismo. Las relaciones comerciales entre Suiza y España 1869–1935, Frankfurt/Madrid 1996; Julio Tascón, Albert Carreras, Investissements étrangers et intérêts suisses en Espagne 1936–1946, in: Mauro Cerutti, Sébastien Guex, Peter Huber (éd.), La Suisse et l'Espagne de la République à Franco 1936–1946, Lausanne 2001, S. 463–481.

13 Sébastien Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco. De la guerre civile à la mort du dictateur 1936–1975, Lausanne 2006, S. 209.

14 Martín Gavira Brandt, Las relaciones entre la España franquista y la Confederación Helvética durante la guerra civil, in: Javier Tusell et al. (ed.), El régimen de Franco 1936–1975. Política y relaciones exteriores, Madrid 1993, S. 245–258, hier S. 251; Mari Carmen Rodríguez, Relations économiques entre la Suisse et l'Espagne franquiste 1936–1946, in: Mauro Cerutti, Sébastien Guex, Peter Huber (éd.), La Suisse et l'Espagne de la République à Franco 1936–1946, Lausanne 2001, S. 505–523, hier S. 509; Tascón, Carreras, Investissements étrangers, S. 480; Farré, La Suisse, S. 76f.; Ralph Hug, Schweizer unter Franco. Eidgenössische Diplomatie und die vergessenen Opfer der Franco-Diktatur 1936–1947, Zürich 2013, S. 42–52.

15 José Luis García Delgado, La industrialización y el desarrollo económico de España durante el franquismo, in: Jordi Nadal, Albert Carreras, Carles Sudrià (ed.), La economía española en el siglo XX. Una perspectiva histórica, Barcelona 1994, S. 164–189, hier S. 165–170; José Antonio Biescas, Estructura y coyunturas económicas, in: ders., Manuel Tuñón de Lara (ed.), España bajo la dictadura franquista 1939–1975, Barcelona 1994, S. 19–164, hier S. 21–25; Farré, La Suisse, S. 217, 276–279 und 325.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

barten Waffenlieferungen nach Spanien nach.[16] Doch bereits 1946 stellte die Schweiz ihre Kriegsmaterialausfuhr aus Angst vor internationaler Kritik ein, was später aufgrund des Drucks der Schweizer Waffenlobby wiederum rückgängig gemacht wurde.[17]

In der Nachkriegszeit musste die Schweiz neuerdings gegen wichtige Mitstreiter wie die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich antreten. Die positive Konjunktur Anfang der 1950er-Jahre und die Bestrebungen, das Land zu industrialisieren, bewirkten eine Zunahme der spanischen Nachfrage an Schweizer Maschinenprodukten, so dass sich zwischen 1950 und 1958 die Schweizer Exporte nach Spanien verdreifachten. Von den gesamthaften ausländischen Investitionen kamen 33% aus den USA, 22,8% aus der Schweiz und 10,8% aus der BRD.[18]

Die für Spanien negative Handelsbilanz mit der Schweiz konnte dank den Geldsendungen der in der Schweiz ansässigen spanischen Migranten und dank der Tourismuseinnahmen ausgeglichen werden. Laut einem Bericht des Handelsattachés der Schweizer Botschaft in Madrid aus dem Jahre 1965 betrugen die Geldsendungen spanischer Gastarbeiter in der Schweiz 120 Millionen Franken während Schweizer Touristen siebzig Millionen Franken in Spanien ausgegeben hätten. Ferner war Spanien für die Erneuerung der Textilindustrie und den Bau von Elektrizitätswerken auf ausländisches Kapital angewiesen, das Schweizer Banken in Form von langfristigen Krediten zu Verfügung stellten.[19]

In den 60er-Jahren kam zusätzlich zum Warenaustausch auch ein solcher von Know-how hinzu. 1965 erwog der spanische Minister-Generalsekretär des *Movimiento* José Solís Ruiz in einem Brief an den Direktor des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (SHIV) die Notwendigkeit eines offiziellen Besuches von führenden spanischen Kräften

16 Rodríguez, Relations économiques, S. 520–522.

17 Farré, La Suisse, S. 330f.; Reto Moosmann, Die Verwässerung des generellen Ausfuhrverbots im Dienste von Armee und Rüstungsindustrie. Zur Kriegsmaterialausfuhrpolitik des Bundesrates in den 1950er- und 60er-Jahren, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 56/2 (2006), S. 152–167; Marco Wyss, Abhängigkeit wider Willen oder Drang zum Westen? Die einseitigen Rüstungsbeschaffungen und -lieferungen der Schweiz im frühen Kalten Krieg, in: Sandra Bott, Janick Marina Schaufelbuehl, Sacha Zala (Hg.), Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges, Basel 2011 (Itinera 30), S. 31–45, hier S. 33.

18 Farré, La Suisse, S. 367 und S. 481; Sébastien Farré, Jörg Ruckstuhl, Las inversiones suizas en España durante el franquismo. De la Guerra Civil a la convención de doble imposición 1936–1966, in: Julio Tascón Fernández (ed.), La inversión extranjera en España, Madrid 2008, S. 141–166, hier S. 158.

19 Farré, La Suisse, S. 393f.; Farré, Ruckstuhl, Inversiones suizas, S. 157–161; Sébastien Farré, Emigrantes españoles en Suiza. Movilización y militancia, in: Ana Fernández Asperilla (ed.), Gente que se mueve. Cultura política, acción colectiva y emigración española, Madrid 2010, S. 195–229, hier S. 196.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

aus Industrie, Finanz und Landwirtschaft in der Schweiz.[20] Der Besuch wurde vom Office Suisse d'Expansion Commerciale (OSEC) organisiert. Zwischen dem 9. und dem 15. Mai 1965 war für die spanische Syndikatsdelegation ein intensiver Ablauf von Besuchen bei Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen sowie Unterredungen mit Vertretern Schweizer Wirtschaftsgremien, mit Schweizer Behörden und mit internationalen Institutionen vorgesehen.[21] Noch im selben Jahr wurde der Gegenbesuch einer Schweizer Delegation in Spanien für 1966 in Betracht gezogen. Zwischen dem 1. und dem 8. Mai 1966 besichtigte eine dreizehnköpfige Schweizer Delegation unterschiedliche Fabriken zwischen Madrid und Barcelona.[22] Die spanische Wirtschaftsplanung erntete überwiegend Lob, wie dies aus dem internen Bericht der Delegation zu entnehmen ist. Lohnanpassungen wurde allerdings nicht dieselbe Aufmerksamkeit geschenkt.[23]

Das Schweizer Interesse an der spanischen Wirtschaft liess auch später nicht nach, wie die Einladung des Gouverneurs der Spanischen Notenbank zur Generalversammlung der Spanisch-schweizerischen Handelskammer vom 16. März 1972 erkennen lässt.[24] Auch der Finanzplatz Schweiz bekundete sein Interesse an Spaniens Entwicklung. Der Schweizerische Bankverein behandelte dieses Thema in seinem Bulletin und sprach von einem «vorsichtigen Optimismus» in Bezug auf die sich abzeichnende postfranquistische Wirtschaft, vorausgesetzt freilich, die politische Entwicklung nach dem Ableben des *Caudillo* vollziehe sich «in den vorgezeichneten Bahnen».[25] Unnötig zu betonen, dass ebendiese Bahnen zu jenem Zeitpunkt von Admiral Luis Carrero Blanco, der grauen Eminenz des Regimes, bestimmt waren, der das Fortbestehen der Diktatur unter dem Mantel der Monarchie hätte garantieren sollen. Doch das Jahr 1973 sollte die Wirtschaftsexperten eines Besseren belehren. Zur Erdölkrise kam durch die Ermordung Carrero Blancos eine schwere politische Krise hinzu, die sich in den Folgejahren zusätzlich ver-

20 Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), 328.1.7.2, Brief J. Solís Ruiz' an den Vorort SHIV, Madrid, 11. März 1965.
21 AfZ, 328.1.7.2, Programme du voyage d'étude en Suisse d'une délégation du Conseil Economique Syndical National Espagnol OSEC, Lausanne, 9.–15. Mai 1965.
22 AfZ, 328.1.7.3, Brief des OSEC an den Vorort SHIV mit Beilage «Voyage en Espagne d'une délégation économique suisse», Lausanne, 24. März 1966; AfZ, 328.1.7.3, Brief des Vorortes SHIV an die OSEC, Zürich, 30. März 1966.
23 AfZ, 328.1.7.3, Rapport interne, Voyage en Espagne d'une délégation suisse, 1.–8. Mai 1966, 10 Seiten.
24 AfZ, 328.1.5.12, Vortrag von S. Exz. Don Luis Coronel de Palma anlässlich der Generalversammlung der spanisch-schweizerischen Handelskammer, Zürich, 16. März 1972.
25 Bulletin (Schweizerischer Bankverein) 4, 1972, S. 81.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

schärfen sollte.[26] Ungetrübt indessen blieb der bilaterale Handel: im Jahre 1975 betrug das Volumen der spanischen Importe in die Schweiz 389 Millionen Franken, dasjenige in umgekehrter Richtung lag bei 879 Millionen Franken.

Wie bislang dargelegt, war das Schweizer Interesse an der spanischen Wirtschaft weitgehend frei von Kritik und von moralischen Beurteilungen. Im Zuge der 68er-Protestbewegung und der damit verbundenen Politisierung des Lebensalltags entstand dann jedoch eine kritische Einstellung gegenüber den wirtschaftlichen Beziehungen zu Spanien. Besonders zu erwähnen ist das Engagement der Revolutionären Marxistischen Liga (RML), die bereits in der ersten Nummer ihres Bulletins *Rojo* die Leser auf die enge Kooperation zwischen dem Schweizer Kapital und dem Franco-Regime aufmerksam machte.[27] Die Schweizer Unternehmen würden von den «sehr billigen Arbeitskräften» und vom «guten Unterdrückungssystem gegen die Arbeiter» profitieren.[28] Auch die Partei der Arbeit behandelte die Schweizer Investitionen auf der Iberischen Halbinsel, wie im *Vorwärts* gelesen werden konnte.[29]

In Bezug auf die Kriegsmaterialausfuhr nach Spanien und anders als im Falle der gewöhnlichen kommerziellen und finanziellen Beziehungen sollte sich ein stärkerer Widerstand mit klaren Konturen formieren. Auch die RML griff dieses Thema immer wieder auf: «Jede Waffe, die man der Diktatur liefert, wird dann in der Repression und zu gegebener Zeit auch im Bürgerkrieg auf die Arbeiterklasse zielen.»[30] Im Zusammenhang mit dem Kriegsmaterialexport nach Spanien trat vor allem ein Waffenkonzern in den Vordergrund.

26 Pau Casanellas, Morir matando. El franquismo ante la práctica armada, 1968–1977, Madrid 2014, S. 151–161.

27 Moisés Prieto, Contra «Burgos» y contra la burguesía. La Liga Marxista Revolucionaria de Suiza y su compromiso antifranquista, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz, Luis Carlos Navarro Pérez, Mónica Fernández Amador (ed.), V Congreso Internacional Historia de la Transición en España. Las organizaciones políticas, Almería 2011, S. 821–840.

28 Capital suizo + dictadura franquista = beneficio seguro, in: Rojo, Nr. 1, 18. September 1973.

29 Vorwärts, Nr. 25, 20. Juni 1974.

30 Armas suizas a España, in: Rojo, Nr. 9, 11. September 1974 (Ü. d. A.).

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Die Schweizer Waffenexporte nach Spanien

Die Zürcher Waffenfabrik Oerlikon-Bührle belieferte zwischen 1963 und 1968 Länder mit Kriegsmaterial, die dem bundesrätlichen Waffenembargo unterstanden.[31] Als Reaktion auf den dadurch ausgelösten Bührle-Skandal reichte ein Komitee bestehend aus Pazifisten sowie Vertretern politischer und religiöser Organisationen eine Volksinitiative ein, die ein generelles Exportverbot von Waffen in der Bundesverfassung verankern sollte. Auch der Bund reagierte und hoffte durch das bereits angesprochene Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972 einen Gegenentwurf präsentieren zu können, der eine blosse Verschärfung der bestehenden Exportpraxis anstrebte.

Aus verschiedenen Lagern und Interessensgruppen mobilisierte sich ein Kreis von Gegnern der Volksinitiative bestehend aus Armeeangehörigen, Politikern und Unternehmern, die sie mit den unterschiedlichsten Argumenten zu bekämpfen beabsichtigten.[32] Darunter befand sich auch das Schweizerische Aktionskomitee für wirksame Landesverteidigung, das in einer Pressemitteilung die Absichten der ARW attackierte.[33] Die zahlreichen Verweise auf Moral und die Ableitungen des Wortes suggerieren einen Vorwurf der Bigotterie an die Adresse der Waffenausfuhrgegner. Dem Argument der Moral begegnete man also mit dem Vorwurf der Heuchelei und der Naivität. Gleichzeitig wird durch den Hinweis darauf, dass nicht die Waffen einen Krieg verursachen würden, die Verantwortung für bewaffnete Konflikte im Allgemeinen von sich gewiesen.

Obschon die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die Initiative befürwortete,[34] gab es auch einzelne prominente Vertreter, die sich dagegen äusserten, wie ein Manifest anlässlich des bevorstehenden Urnenganges durchblicken lässt.[35]

31 Jon A. Fanzun, Die Grenzen der Solidarität. Schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg, Zürich 2005, S. 146–150; Monica Kalt, Tiersmondismus in der Schweiz der 1960er- und 1970er-Jahre. Von der Barmherzigkeit zur Solidarität, Bern 2010, S. 347–400.

32 Schweizerisches Sozialarchiv (Sozarch), Ar 91.20.1., Bestand ARW II, ZA 1970–1979, Für wirksame Landesverteidigung. Gegen ein Waffenausfuhrverbot – Für verschärfte Kontrolle. Zur Abstimmung vom 24. September 1972, hrsg. vom Schweizerischen Aktionskomitee, o. O.; Walter Joos, Es geht um unsere Abhängigkeit!, in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift 138/9 (1972), S. 457.

33 Sozarch, Ar 91.30.1., Bestand ARW II, Initiativkomitee Gegner Schweizerisches Komitee für wirksame Landesverteidigung, Seltsame Moral, Bern, 7. September 1972 (Hervorhebung im Original).

34 Kalt, Tiersmondismus, S. 398.

35 Sozarch, Ar 91.30.1., Bestand ARW II, Initiativkomitee Gegner, Zur eidgenössischen Abstimmung vom 24. September, o.D.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Unter den Sozialdemokraten, die die Initiative missbilligten, befanden sich die Zürcher Stadträtin Emilie Lieberherr, alt Bundesrat Willy Spühler, alt Nationalrat Walter Bringolf und die Gewerkschafter Hans Oprecht und Hermann Leuenberger. Andere hingegen wie der Arzt und Präsident des Schweizerischen Komitees für politische Amnestie in Spanien Sandro Pedroli oder der Gewerkschafter Ezio Canonica unterstützten die Initiative.[36] Dass Sozialdemokraten sowohl zu den Befürwortern als auch zu den Gegnern zählten, dürfte nicht weiter überraschen, wenn man sich die widersprüchlich anmutenden Passagen im Parteiprogramm von 1969 vor Augen hält, das sich zwar «für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung» einsetzt, aber die Notwendigkeit anerkennt, «hohe Einkommen und Vermögen» zur Finanzierung der Rüstung angemessen heranzuziehen.[37]

Die Initiative wurde trotz der Verabschiedung des Bundesgesetzes nicht zurückgezogen. Am 24. September 1972 wurde sie schliesslich mit 50,3% Nein-Stimmen verworfen. Aus dem Initiativkomitee entstand im Juni des Folgejahres die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW).

Hinsichtlich der Waffenausfuhr nach Spanien, dessen Aufträge hauptsächlich von Oerlikon-Bührle selbst ausgeführt wurden, zog das Bundesgesetz keine grossen Veränderungen nach sich. Aus einem internen Dokument, das vom Eidgenössischen Politischen Departement und dem Eidgenössischen Militärdepartement gemeinsam verfasst wurde, geht der zaghafte Charakter bei der Umsetzung des Gesetzes hervor:

> Was den Tatbestand der Menschenwürde anbelangt, wären Lieferungen nach denjenigen Staaten zu untersagen, in welchen die Menschenrechte krass mit Füssen getreten werden. Dabei kann es z. B. nicht nur um eine mitunter unverhältnismässig strenge Behandlung politischer Regimegegner gehen. Eine solche ist bekanntlich praktisch allen autokratisch regierten Staaten der Welt an der Tagesordnung. Auch soziale Misstände [sic!] wie z. B. vom Gesichtspunkt der Menschenwürde aus anfechtbare Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnisse dürften kaum je für eine Anwendung des Artikels 11 genügen.[38]

36 Sozarch, Ar 91.30.2., Bestand ARW II, Initiativkomitee Befürworter, Folgende Persönlichkeiten haben die Erklärung zur Waffenausfuhrverbotsinitiative unterschrieben, o. D.

37 Schweizerische Parteiprogramme, hrsg. von H. M. und K. Klopfenstein, Bern 1969, S. 160f.; Mario König, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Krisen, Konflikte, Reformen, in: ders., Manfred Hettling, Martin Schaffner et al. (Hg.), Eine kleine Geschichte der Schweiz, Frankfurt a. M. 1998, S. 21–90, hier S. 74f.

38 Online-Datenbank Documents Diplomatiques Suisses (dodis), dodis.ch/35805, Richtlinien für die Behandlung von Fabrikations- und Ausfuhrgesuchen für Kriegsmaterial im Anschluss an die Volksabstimmung vom 24. September 1972, Militärdepartement und Politisches Departement, Gemeinsamer Antrag vom 29. November 1972, 22 Seiten, S. 3.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Diese Auslegung ist darauf bedacht, die bisherige kulante Exportpraxis in den neuen gesetzlichen Rahmen hineinzudrängen. Sie suggeriert ferner eine Bagatellisierung autokratischer Regimes, ein gewisses Belächeln arbeitsrechtlicher Forderungen und eine juristische Grauzone für Länder, wo Dissidenten verfolgt werden.

Die Summe der spanischen Aufträge belief sich auf rund achtzehn Millionen Franken, was den zweitgrössten Auftrag nach demjenigen für den Iran mit über 35 Millionen ausmachte und der ebenfalls dem Zürcher Waffenkonzern anvertraut wurde.

In Bezug auf das Thema der Menschenwürde in Spanien heisst es weiter unten:

> Die nicht aus der Luft gegriffene Kritik an der Handhabung der Menschenrechte durch das Franco-Regime muss berücksichtig werden.
>
> c) Konklusion: Spanien ist ein europäischer Partnerstaat, mit dem wir in wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen rege Kontakte pflegen. Auch den Bestrebungen Spaniens, Anschluss an die europäische Integration zu finden, wäre Rechnung zu tragen.[39]

Das vage Gebot der Zurückhaltung, das zuhanden des Waffenherstellers geht, obschon die Entscheidungskompetenz laut Bundesgesetz letztendlich beim Bund liegt, suggeriert eine widerwillige Anpassung an die neuen Normen.[40] Ein ähnliches Verhalten zeigt sich auch am Beispiel der Waffenlieferung an den Iran. Die Folterungen und Hinrichtungen im Lande des Schahs werden im Dokument vorsichtig, in der indirekten Rede angesprochen, als wolle man sich von den Vorwürfen der Menschenverachtung distanzieren. Kaum überraschend ist auch der nach dem obligaten Hinweis auf Zurückhaltung formulierte Entschluss: «Die vorliegenden Ausfuhrgesuche sollten positiv behandelt werden, da dabei auch der Grundsatz der Vertragstreue ins Spiel kommt.»[41] Hier liegt eine Überlegung zugrunde, die an John Lockes Auffassung erinnert, wonach selbst Vertragstreue als moralische Verpflichtung angesehen werden müsse.[42]

Ein deutlich anderer Ton ist im Falle der Ausfuhr nach Chile wahrnehmbar. Mit bloss rund 160 000 Franken, welche die Lieferung von Sturmgewehr-Ersatzteilen der Firma SIG begleichen sollten, handelte es

39 Ebd., S. 17f.
40 Fanzun, Solidarität, S. 159–166.
41 dodis.ch/35805, Richtlinien, S. 12.
42 Peter Stemmer, Moralischer Kontraktualismus, in: Zeitschrift für philosophische Forschung 56/1 (2002), S. 1–21, hier S. 6.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

sich dabei um einen vergleichsweise bescheidenen Auftrag. Bereits in der Beurteilung des Aspekts der Menschenwürde heisst es: «Die Menschenrechte können zum Teil vom gegenwärtigen Regime nicht mehr ausreichend gegen Willkürakte (z. B. Fabrikbesetzungen, Vertreibung von Landbesitzern usw.) abgesichert werden.»[43] Als Fazit wurde – anstelle der Vertragstreue – eine «restriktive Praxis» nahe gelegt, wonach künftige Fabrikations- und Ausfuhrgesuche abzulehnen seien. Die Verbrechen gegen die Menschenwürde, wie sie im Iran und in Spanien stattfanden, wurden den Verbrechen gegen das Privateigentum untergeordnet, wie sie im Lande des demokratisch gewählten Salvador Allende verzeichnet wurden.[44] Diese Fallunterscheidung war zudem auch wirtschaftlich weniger unrentabel und zahlte sich deshalb aus, denn angetastet wurde so bloss ein Auftrag in bescheidener Höhe. Durch die willkürliche Anwendung des Bundesgesetzes treffen wir hier ein Phänomen von Ungerechtigkeit an, das gegen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verstösst.[45]

Der Schweizer Öffentlichkeit war die konfliktreiche Situation in Spanien nichts Unbekanntes. Radio und Fernsehen berichteten rege über Sondergerichte, Streiks und Studentenrevolten. Zugegeben, die franquistische Repression war in den 60er-Jahren durchaus punktueller geworden. Die Zeiten der summarischen Militärjustiz, der Massenerschiessungen und der Konzentrationslager im Anschluss an den Bürgerkrieg waren nun in weiter Ferne. Die Wahrnehmung Spaniens als salonfähiges Regime wird in einem Schreiben der Schweizer Botschaft in Madrid an das Eidgenössische Politische Departement ersichtlich:

> Aujourd'hui l'Espagne entretient d'excellentes relations avec tous les Etats occidentaux; elle est au premier plan de l'actualité financière pour les investisseurs européens; elle a fait des progrès matériels considérables et on doit bien reconnaître qu'aucun gouvernement espagnol, au cours des cent cinquante dernières années de guerres civiles subies par le pays, ne lui a apporté autant de bienfaits matériels que l'actuel.[46]

43 dodis.ch/35805, Richtlinien, S. 9.

44 Die Bestrebungen, den Waffenexport nach Chile zu drosseln, dürften auf die in bürgerlichen Kreisen herrschende Abneigung gegen Präsident Allende zurückzuführen sein. Diese zeigt sich am Beispiel des Vergleichs seines Selbstmordes am 11. September 1973 mit demjenigen Adolf Hitlers im Bunker der Reichskanzlei. Vgl. Chile: Wie informieren zwei grosse Berner Zeitungen ihre Leser? Hrsg. von der Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern, Bern 1973, S. 11.

45 John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, übers. von Hermann Vetter, Frankfurt a. M. 1979, S. 79f.

46 dodis.ch/30730, Conférences organisées par le Comité Suisse pour l'amnistie politique en Espagne, lettre de l'ambassadeur Fumasoli au secrétaire générale du DPF, Madrid, 20. Oktober 1961, 3 Seiten, S. 1f.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Das positive Image Spaniens erlitt allerdings zwei Jahre später einen Rückfall. Die Hinrichtung Julián Grimaus im April 1963 löste zwar eine weltweite Welle der Empörung aus, doch galt sie auch als Ansporn für die Schaffung des *Tribunal de Orden Público*, eines Sondergerichts ziviler Jurisdiktion zur Entlastung der Militärgerichtsbarkeit in ihrer repressiven Funktion.[47] Ende der 60er-Jahre verschärfte sich die Lage erneut. Den Burgos-Prozess im Dezember 1970, bei welchem 16 Angeklagte von einem Militärgericht horrende Haftstrafen erhielten und neun Todesurteile ausgesprochen wurden, verfolgte man in der Schweiz mit grosser Aufmerksamkeit.[48] Die Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Admiral Carrero Blanco im Dezember 1973 leitete eine Phase zusätzlicher Repression ein, die das Regime durch die viel versprechende und hoch gefeierte Februar-Rede seines Nachfolgers Carlos Arias Navarro nicht zu kaschieren vermochte. Im März 1974 wurden der Katalane Salvador Puig Antich und der DDR-Bürger Georg M. Welzel hingerichtet. Noch rund zwei Monate vor seinem Tod bestätigte General Franco die im Schnellverfahren abgewickelten Todesurteile dreier Angehörige der marxistisch-leninistischen FRAP und zweier ETA-Militanten. Am 27. September 1975 wurden sie in Madrid respektive Burgos und Barcelona erschossen.

Die Radikalisierung in Spanien führte in der Schweiz dazu, die Rechtmässigkeit der Waffenlieferungen von neuem zu hinterfragen. Bereits im Januar 1975 hatte der sozialdemokratische Parlamentarier Hans Schmid eine einfache Anfrage zu diesem Thema im Nationalrat eingereicht[49] und sich dabei auf Artikel 11 des Kriegsmaterialgesetzes berufen.[50] Schmid argumentiert, indem er die staatlichen Repressivmassnahmen in Spanien aufzählt.[51]

47 Edward Malefakis, The Franco Regime. A Bifurcated Regime?, in: Nigel Townson (ed.), Spain Transformed. The Late Franco Dictatorship 1959–1975, Basingstoke 2010, S. 248–254; Juan José del Aguila, El TOP. La represión de la libertad 1963–1977, Barcelona 2001.

48 Moisés Prieto, Militärprozesse und Hinrichtungen des späten Franco-Regimes im Spiegel Schweizer Medien 1970–1975, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 60/1 (2010), S. 84–96.

49 Einfache Anfrage Schmid, St. Gallen (75605), Waffenlieferungen nach Spanien, vom 27. Januar 1975 (Nationalrat), in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Bd. II, 20. März 1975.

50 Ebd. Schon 1972 hatte Bundesrat Gnägi in seiner Antwort auf eine Motion des Nationalrats Jaeger darauf hingewiesen, dass ein Polizeistaat oder soziale Spannungen keinen Grund für die Einstellung von Kriegsmateriallieferung darstellten. Vgl. François Godet, La Politique suisse en matière d'exportation de matériel de guerre, in: Alois Riklin, Hans Haug, Raymond Probst (Hg.), Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern/Stuttgart/Wien 1992, S. 973–987, hier S. 982; Daniel Dürst, Schweizerische Neutralität und Kriegsmaterialausfuhr, Jur. Diss. Universität Zürich 1983, S. 144.

51 Einfache Anfrage Schmid, St. Gallen, S. 582.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Dies kommt einer Auflistung von Anklagepunkten gleich, wobei sich die Kritik hier vornehmlich gegen die Duldung seitens der Schweizer Ausfuhrbehörde richtet. Die Schweizer Waffenexporte nach Spanien seien dennoch seit 1972 dermassen stark angestiegen, dass das Land in den vergangenen viereinhalb Jahren mit über 77 Millionen Franken zum viertwichtigsten Waffenabnehmer der Schweiz geworden sei, was den Bundesrat dazu ermutigen sollte, diese Ausfuhr zu drosseln. Der Bundesrat antwortete darauf:

> Ob aufgrund des Kriegsmaterialgesetzes Waffenlieferungen nach Spanien zu untersagen wären, ist eine Ermessensfrage, die auch den Bundesrat wiederholt beschäftigt hat. In Würdigung aller Umstände hat er sich bisher nicht zu einem solchen Schritt entschlossen.[52]

Die Landesregierung suchte erneut Zuflucht im altbekannten Argument der «Ermessensfrage», sicherte aber dem Parlamentarier eine Bereitschaft zu handeln zu.

An den Erschiessungen vom September 1975 entzündete sich erneut die Debatte um die Waffenausfuhr nach Spanien. Diesmal reichten die Sozialdemokraten Walter Renschler und Jean Riesen je eine einfache Anfrage im Nationalrat ein. Ersterer kommentierte: «Mit dieser Schandtat und der vorangegangenen Gerichtsverhandlung, die jeder gerechten Rechtsprechung spottet, hat das faschistische Franco-Regime einmal mehr seine Missachtung der Menschenwürde und -rechte unter Beweis gestellt.»[53] Beide forderten den Bundesrat auf, die Waffenlieferung an Spanien unverzüglich einzustellen. Renschler hatte sich schon anlässlich der Volksinitiative von 1972 für eine Verringerung der Waffenausfuhr stark gemacht.[54] Der Bundesrat nahm sich Zeit für die Beantwortung des Vorstosses, der erst in der darauffolgenden Parlamentssession behandelt wurde.

> Der Bundesrat hat in der Erklärung vom 29. September 1975 seine Auffassung über die damaligen Ereignisse [die Hinrichtungen] in Spanien dargelegt. Er hat seither die Entwicklung der Lage in diesem Land aufmerksam verfolgt und festgestellt, dass sich die Verhältnisse deutlich zum Bessern entwickelt haben. Ausfuhrbewilligungen für Kriegsmaterial sind seit dem Monat April 1975 nicht mehr erteilt worden. Es bestand auch kein Anlass und keine gesetzliche Verpflichtung, gültige Bewilligungen aufzuheben, wodurch eine grosse Zahl von Arbeitsplätzen, viele davon in mittleren und kleinen Be-

52 Ebd.
53 Einfache Anfrage Renschler (75.783), Kriegsmaterialliefe rung nach Spanien, vom 29. September 1975 (Nationalrat), in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Bd. I, 19. März 1976, S. 397.
54 Walter Renschler, o. T., in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift 138/6 (1972), S. 305–307.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

trieben, gefährdet worden wären. In Abwägung aller Umstände hat der Bundesrat am 11. Januar 1976 beschlossen, wieder Ausfuhrbewilligungen für Material zu erteilen, das aufgrund rechtskräftiger Verträge bestellt ist.[55]

Die Antwort war darauf ausgelegt, die Handlung oder besser gesagt, die Unterlassung der Schweizer Regierung als angemessenen Schritt zu präsentieren. Die politische Lage in Spanien wurde durch den impliziten Hinweis auf das Ausbleiben weiterer Strafprozesse seit dem Ableben des Diktators entdramatisiert. Die Unterstreichung der Typologie des exportierten Kriegsmaterials beabsichtigte ferner, eine Verharmlosung herbeizuführen, während die sozialen Folgen durch die Gefährdung Schweizer Arbeitsplätze, die eine Exporteinstellung nach sich gezogen hätte, ein Argument war, das gezielt an die beiden Gewerkschafter Riesen und Renschler adressiert war.

Selbst der *Blick* gab seine Meinung zum Verhalten der Schweizer Behörden kund und forderte, «dem Waffenhandel kein 'moralisches Mäntelchen'» zu umhängen.[56] Auch die ARW hatte sich im September 1975 erneut mit Spanien und dem Iran auseinandergesetzt und dabei auf die Interpretation von «Spannungsgebieten» laut Artikel 11 fokussiert. Die beiden Abnehmer der schweizerischen Rüstungsindustrie werden in einem Dokument als «Beispiele der fragwürdigen Bewilligungspraxis der Behörden» präsentiert. «Angesichts der heutigen Situation in Spanien von einem 'Ermessensspielraum' zu reden, wirkt höchstens als Zynismus», heisst es weiter im Text.[57] Ferner entbehre eine Unterscheidung von Defensiv- und Offensivwaffen jeglichen offiziellen Charakters. Hinsichtlich des Verlusts von Arbeitsplätzen, den eine strikte Ausfuhrpolitik nach sich gezogen hätte, empfiehlt die ARW eine Umstellung vom militärischen zum zivilen Sektor.

Die Folgen der Rezession sind auch in den Bestrebungen für eine restriktive Waffenausfuhrpolitik ersichtlich. Am 3. März 1976 reichte der Sozialdemokrat Andreas Blum eine Motion im Nationalrat ein, die den Artikel 11 um einen Zusatz zu ergänzen beabsichtigte. Zur Vermeidung von wirtschaftlichen Notlagen im Inland solle die Landesregierung bei Embargos entsprechende Massnahmen treffen. Sein Parteikollege Christian Grobet, der im Januar 1974 als Beobachter der Internationalen Juristenkommission dem Militärverfahren gegen Puig Antich bei-

55 Question ordinaire Riesen (75.784), Waffenausfuhr nach Spanien, vom 29. September 1975 (Nationalrat), in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Bd. I, 19. März 1976.

56 Das meint Blick, in: Blick, Nr. 226, 30. September 1975 (Hervorhebung im Original).

57 Sozarch, Ar 91.30.2., Bestand ARW II, Statistisches, ARW, Dokumentation, September 1975, 10 Seiten, S. 5. (Hervorhebung im Original).

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

gewohnt hatte, gab Blum Rückendeckung.[58] Bundespräsident und Vorsteher des Militärdepartements Rudolf Gnägi antwortete den beiden Sozialdemokraten dezidiert: «Und, Herr Grobet, Ihnen möchte ich etwas sagen: Fragen Sie die Arbeiter von Charmilles, ob sie der Motion Blum zustimmen oder ob sie ihren Arbeitsplatz behalten wollen. Sie werden in dieser Richtung in der nächsten Zeit noch einiges hören. […] [E]s geht darum, ein Gesetz anzuwenden und im übrigen Rücksicht zu nehmen auf unsere Verhältnisse.»[59] Die Motion wurde abgelehnt.

Nicht nur die Gegner der liberalen Kriegsmaterialausfuhrpolitik, sondern auch deren Verfechter meldeten sich am Rednerpult des Parlaments. Albert Sigrist, freisinniger Parlamentarier, reichte am selben Tag ein Postulat ein, in dem er auf Renschlers Vorstoss Bezug nahm.

> Besonders heftige Anschuldigungen musste der Bundesrat im September letzten Jahres hinnehmen, als Spaniens Diktator Franco fünf Polizisten-Mörder hinrichten liess. […] Im Fall Spanien sprach Herr Renschler von einer Schandtat. Es ist jedoch keineswegs erwiesen, dass eine Mehrheit des Schweizervolkes in jenem Zeitpunkt so dachte wie Herr Renschler. […] Ich habe den Fall Spanien hervorgehoben, weil er einerseits von den Gegnern jeglicher Kriegsmaterialausfuhren hochgespielt wurde, wohl in der Absicht, vom Bundesrat eine Verschärfung seiner Praxis in der Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes zu erwirken.[60]

Sigrist sprach die Schwierigkeit der Auslegung von Artikel 11 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial an und nannte wirtschaftliche Überlegungen und die Lage am Arbeitsmarkt als Gründe für die Forderung, der Bundesrat möge sein Ausfuhr-Veto wirklich nur dann einlegen, wenn tatkräftige Beweise für die im besagten Artikel beschriebenen Elemente vorlägen.

Die hohe Bedeutung der Kriegsmaterialausfuhr nach Spanien wird auch anderswo ersichtlich. Pierre Graber, Bundespräsident im Wahljahr 1975 und Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements beorderte den Schweizer Botschafter in Madrid zwei Tage nach der Exekution zu Konsultationszwecken nach Bern zurück. Obschon dieser Schritt dem Verhaltensmuster der meisten westeuropäischen Staaten folgte, wurde er vom rechtsbürgerlichen Lager als Bruch der Schweizer Neutralität kritisiert.

58 Prieto, Militärprozesse, S. 92; Prieto, Apologie, S. 268f.
59 Motion Blum, Kriegsmaterialgesetz (76.310) vom 3. März 1976 (Nationalrat), in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Bd. III, 6. Oktober 1976.
60 Postulat Sigrist, Kriegsmaterialausfuhr (76.312) vom 3. März 1976 (Nationalrat), in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Bd. III, 29. September 1976.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Nach seiner Unterredung mit dem Schweizer Botschafter in Madrid, Samuel Campiche, über die Lage in Spanien informierte Graber den Gesamtbundesrat darüber. Laut dem Diplomaten sei die Beziehung zwischen beiden Ländern trotzdem weiterhin freundlich. Doch fährt Graber dann fort:

> [S]i toutefois les 'choses devaient aller plus loin', le Ministère [des affaires étrangères d'Espagne] ne pourrait pas 'répondre des réactions du gouvernement et d'autres réactions'.
>
> Selon l'interprétation de notre Ambassadeur [Campiche], serait considérée comme allant 'plus loin' toute nouvelle décision gouvernementale – telle que celle d'un embargo sur le matériel de guerre ou d'autres mesures restrictives; des manifestations anti-espagnoles en Suisse n'entreraient cependant pas dans cette catégorie.[61]

Ferner solle die Abwesenheit des Botschafters möglichst von kurzer Dauer sein, um die guten Beziehungen nicht auf die Probe zu stellen und die wirtschaftlichen Interessen nicht zu gefährden. In der Tat hatte sich der spanische Bedarf an Schweizer Kriegsmaterial seit 1972 massiv gesteigert, was auch die ARW in einem spezifischen Communiqué feststellte:

> Spanien scheint neuerdings zu einem der wichtigsten Kunden der schweizerischen Rüstungsindustrie zu werden. Während sich die Kriegsmaterialliefe-rungen bis 1972 in mehr oder weniger engen Grenzen hielten, stiegen sie im vergangenen Jahr [1973] auf 25,7 Millionen Franken und erreichten in der ersten Hälfte des laufenden Jahres bereits 30,7 Millionen, was nahezu einem Drittel des Gesamtexports in diesem Zeitraum entspricht.[62]

Im Folgejahr verzeichnete man Schweizer Waffenlieferungen an Spanien im Umfang von 88,1 Millionen Franken; dies entsprach einem generellen Trend, den sich die Gegner der Waffenausfuhr nicht ohne eine Verletzung des Bundesgesetzes erklären konnten.[63]

Die ARW kämpfte auf einsamem Posten zunächst für ein radikales Ausfuhrverbot, dann für eine strikte Auslegung des Bundesgesetzes. Gegen das wirtschaftliche und politische Establishment und das Argument der Arbeitsplätze, das durch die Rezession von 1973/74 zu einem akuten Problem geworden war, waren die politischen Erfolge der ARW

61 Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), E2001E 1987/78, Bd. 537, Note à Messieurs les membres du Conseil fédéral, Bern, 2. Oktober 1975, S. 2 (Hervorhebung im Original).
62 Sozarch, Ar 91.30.1., Bestand ARW II, Initiativkomitee Pressedienst, Umstrittene Waffenlieferungen nach Spanien 1974.
63 Sozarch, Ar 91.20.1., Bestand ARW II, Waffenausfuhr 1975–1980, Rüstung vernichtet Arbeitsplätze, 1. Mai 1977.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

jedoch sehr begrenzt, obschon das Abstimmungsresultat der Initiative von 1972 einem symbolischen Sieg gleichgekommen war.

Der Spanien-Tourismus

Anders als bei der Waffenausfuhr, die der Schweizer Rüstungsindustrie zu hohem Gewinn verhalf, war es beim Spanien-Tourismus das Regime selbst, das finanziell profitierte. Entsprechend wurden hier vornehmlich die Reisenden selbst angemahnt und aufgefordert, ein alternatives Reiseziel zu erwägen oder Spanien mit einer anderen Einstellung zu begegnen. Und anders als bei der Waffenausfuhr, deren Gegnerschaft hauptsächlich durch die ARW verkörpert wurde, fehlte es im Falle der Tourismus-Kritik an einem entsprechenden *ad hoc*-Komitee, ja an einer konkreten Organisation, die den Protest gegen die Praxis der Spanien-Reisen hätte kanalisieren können. Auch die diskursive Rolle der spanischen Diktatur war in beiden Fällen anders. Während die Waffenausfuhrgegner Spanien nur als *ein* Argument unter vielen im Kampf für eine allgemeinere Abrüstung verwendeten, sass das Franco-Regime bei der Tourismus-Kritik direkt auf der Anklagebank.

Spanische Reiseziele flossen in das westliche touristische Repertoire der Nachkriegszeit. Sorglosigkeit durch Billigflüge und Pauschalreisen drückte sich auch in den entsprechenden Werbebroschüren und -katalogen aus (siehe Abbildung 1).[64] Staatliche Tourismus-Förderung wurde nun in allen OECD-Ländern praktiziert.[65] Im Falle Spaniens fusste die Motivation nicht bloss auf wirtschaftlichem Kalkül.[66] Der Reiseverkehr nahm in der auswärtigen Propaganda des Regimes eine zentrale Rolle ein, die darauf abzielte, die düsteren Zeiten der Autarkie und des Experimentierens mit dem Faschismus aus der Geschichte zu tilgen und die Gunst der westlichen Staaten zu gewinnen. Der Kalte Krieg lieferte dem Franco-Regime nicht nur eine Existenzberechtigung, sondern sogar eine gewisse Salonfähigkeit, die sich ab den 50er-Jahren auszahlen sollte.[67] In den 60er-Jahren setzte sich diese günstige Entwicklung fort. Eine weitere

64 Cord Pagenstecher, Reisekataloge und Urlaubsalben. Zur Visual History des touristischen Blicks, in: Gerhard Paul (Hg.), Visual History. Ein Studienbuch, Göttingen 2006, S. 169–187, hier S. 173–177.

65 Carsten R. Moser, Tourismus und Entwicklungspolitik. Dargestellt am Beispiel Spaniens, Hamburg 1972, S. 79f.

66 Ein wichtiger Aspekt stellten ferner die Arbeitsplätze in der Tourismus-Branche dar. Vgl. Sasha D. Pack, Tourism and Dictatorship. Europe's Peaceful Invasion of Franco's Spain, Basingstoke 2006, S. 159f.

67 Juan Carlos Pereira Castañares, La crisis de la política exterior franquista y el inicio del cambio político 1973–1976, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (ed.), Historia de la Transición en España. Los inicios del proceso democratizador, Madrid 2007, S. 353–367,

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Öffnung sollte zur Stärkung des positiven Images des Landes beitragen und ausländisches Kapital anziehen.[68] In diese Bestrebungen ist auch die «Erfindung» des Tourismus als effiziente Vermarktung Spaniens zu verorten,[69] die sich gleichsam als Wende vom nationalkatholischen zu einem technokratisch-postideologischen Staatsverständnis interpretieren lässt.[70]

Die spanische Tourismusindustrie sollte sich zur wichtigsten Einnahmequelle des Regimes überhaupt entwickeln,[71] mit welcher kein spanisches Exportgut mithalten konnte. 1967 erzielte Spanien aus dieser Branche einen Gewinn von 1211 Millionen US-Dollar und erreichte somit den zweiten Platz nach Italien und vor Frankreich.[72] Dieser Erfolg war nicht bloss auf die Bestrebungen der Technokraten, das heisst des marktliberalen Flügels des Regimes, zurückzuführen, sondern hing selbstverständlich auch mit der Bildung einer gesamteuropäischen Mittelschicht zusammen, die sich einen neuen Konsumhabitus mit teils hedonistischem Charakter angeeignet hatte.[73] Besuchten im Jahre 1951

hier S. 357; Esther Sánchez, Le tourisme des années 1960 à destination de l'Espagne. Le cas des Français, in: Histoire économie et société 21/3 (2002), S. 413–430, hier S. 421.

68 Sasha D. Pack, Tourism and Political Change in Franco's Spain, in: Nigel Townson (ed.), Spain Transformed. The Late Franco Dictatorship, 1959–1975, Basingstoke 2010, S. 47–66, hier S. 54f.

69 Diese Bestrebungen gingen so weit, dass selbst die offizielle Zeitschrift des Spanischen Auswanderungsinstitutes (*Instituto Español de Emigración*) namens *Carta de España* die im Ausland lebenden Spanier dazu aufrief, auch andere Regionen Spaniens zu bereisen. Vgl. Luís Manuel Calvo Salgado, La fotografía en Carta de España, in: ders. et al. (ed.), Historia del Instituto Español de Emigración, Madrid 2009, S. 277–292. Dieser Trend lässt sich auch in der spanischsprachigen Fernsehsendung des Schweizer Fernsehens *Tele-revista*, die erstmals im Frühjahr 1973 ausgestrahlt wurde, wiedererkennen, wo Tourismus mittels Reportagen über Reise- und Freizeitmessen einen wichtigen Platz eingeräumt wurde. Vgl. Luís Manuel Calvo Salgado, Economía, consumo e identidad. Del turismo al automóvil, in: ders., Concha Langa Nuño, Moisés Prieto (ed.), Telerevista y la Transición. Un programa de la televisión suiza para emigrantes españoles 1973–1989, Frankfurt a. M. / Madrid 2015, S. 617–651, hier 621–644.

70 Justin Crumbaugh, Destination Dictatorship. The Spectacle of Spain's Tourist Boom and the Reinvention of Difference, New York 2009, S. 42; Walther L. Bernecker, The Change in Mentalities during the Late Franco Regime, in: Nigel Townson (ed.), Spain Transformed. The Late Franco Dictatorship, 19597–1975, Basingstoke 2010, S. 67–84, hier S. 75f.

71 Adrian Shubert, A Social History of Modern Spain, London 1990, S. 209; Pack, Tourism and Dictatorship, S. 105–135.

72 Moser, Tourismus, S. 230.

73 Jakob Tanner, Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015, S. 356f.; Jakob Tanner, Brigitte Studer, Konsum und Distribution, in: Patrick Halbeisen, Margrit Müller, Béatrice Veyrassat (Hg.), Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012, S. 637–702, hier S. 644–646 und 657; Tony Judt, Postwar. A History of Europe since 1945, London 2005, S. 341–343; Andrés Sánchez Picón, Bienvenido Marzo López, Spain is different. Unas notas sobre la expansión turística española y la Transición política, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (ed.), Historia de la Transición en España. Los inicios del proceso democratizador, Madrid 2007, S. 137–145, hier S. 140.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Abbildung 1. Werbeplakat der Kuoni Reisen Holding AG (1970er-Jahre). Quelle: Schweizerische Nationalbibliothek, Signatur SNL_1970_49, © Kuoni Reisen Management AG, Zürich.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

weniger als eine Million Touristen Spanien, so sollten es 1975, im Todesjahr des Diktators, über dreissig Millionen sein.[74]

Die Frage nach der Beliebtheit spanischer Ferienziele geht Hand in Hand mit derjenigen nach der Verbreitung von Bildern, welche ja durch die Medien vermittelt werden, und der Wahrnehmung ebensolcher.[75] Nebst der Produktion von spanischen Filmen, die sich aber an ein spanisches Publikum richteten und die Vorzüge des Tourismus vorführten,[76] berichteten zunehmend auch hierzulande Radio- und Fernsehsendungen[77] sowie Zeitungsbeilagen oder -sparten über die Strände, Städte und Landschaften jenseits der Pyrenäen. Narrative von Fortschritt und Freiheit vermochten allmählich, die traditionellen, negativ konnotierten Klischees wie die *leyenda negra* zu verdrängen.[78]

Die idyllischen Spanienbilder auf den Werbebroschüren kontrastierten allerdings je länger je mehr mit den kritischen Stimmen, die in linken Gesellschaftskreisen immer lauter wurden. Seit der Protestbewegung von 1968 gesellten sich der bestehenden antifranquistischen Kritik neue Ausdrucksformen hinzu, bei denen nicht selten auch auf Gewalt zurückgegriffen wurde. Die spanischen Vertretungen auf Schweizer Boden, aber auch die offiziellen Tourismusagenturen sowie die Filialen der spanischen Fluggesellschaft Iberia gerieten immer mehr ins Visier linker Aktivisten. So wurde am 28. Oktober 1972 das spanische Verkehrsbüro an der Zürcher Seefeldstrasse von Unbekannten in Brand gesetzt. Die Fassade wurde ausserdem mit Abkürzungen wie «UGT» (*Unión General de Trabajadores*) und «FAI» (*Frente Anarquista Ibérico*) verschmiert. Der Sachschaden betrug eine halbe Million Franken.[79]

Die Gegensätzlichkeit von Diktatur und Tourismus wurde auch in den Medien thematisiert. Anlässlich des Burgos-Prozesses von 1970 betitelte das Boulevardblatt *Blick* einen Artikel zum summarischen Mili-

74 Isabel Albert-Piñole, Tourism in Spain, in: Wilhelm Englbert Pompl, Patrick Lavery (ed.), Tourism in Europe. Structures and Developments, Wallingford 1993, S. 242–261, hier S. 243.

75 Prieto, Apologie, S. 67f.

76 Crumbaugh, Destination Dictatorship, S. 87–89.

77 Die Sendung des *Radio della Svizzera italiana* (RSI) namens *Il microfono della RSI in viaggio* widmete sich in den 60er-Jahren immer wieder Themen der spanischen Kultur und Aktualität.

78 Siehe dazu Rafael Núñez Florencio, Sol y sangre. La imagen de España en el mundo, Madrid 2001, insbesondere S. 227–253; Birgit Aschmann, «Stolz wie ein Spanier». Genese und Gestalt des deutschen Spanienbildes in der Nachkriegszeit, in: dies., Michael Salewski (Hg.), Das Bild «des Anderen». Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2000 (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, Beiheft 40), S. 90–108.

79 Rolf Thut, Claudia Bislin, Aufrüstung gegen das Volk. Staat und Staatsschutz in der Schweiz. Zur Entwicklung der «inneren Sicherheit», Zürich 1977, S. 233.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

tärgerichtsfall folgendermassen: «Empörte Schweizer: 'Nie mehr Ferien in Spanien!'»[80] Der Titel nahm die Kritik Schweizer Telefonanrufer auf, die sich mit der Zeitungsredaktion in Kontakt gesetzt hatten. Die Thematik inspirierte auch etliche Karikaturen. Der *Tages-Anzeiger* druckte auf der zweiten Seite eine solche ab, in welchem auf der linken Hälfte ein spanisches Tourismusbüro abgebildet ist und auf der Rechten ein griechisches.[81] Die Zeichnung diskreditierte die Aufrufe zum Tourismusboykott gegen Spanien und präsentierte sie als Heuchelei, da die Kritik sich bloss auf das Franco-Regime richtete und etwa die griechische Militärjunta ausser Acht liess. Die Berner sozialdemokratische Zeitung *Tagwacht* hatte sich ebenfalls im Dezember 1970 in einer Kolumne mit der Kritik an den unwissenden ausländischen Touristen beschäftigt, die ungeachtet des Burgos-Prozesses Spanien bereisten.[82]

Die bereits genannten Todesurteile im September 1975 sollten dieser Kritik zu neuem Aufschwung verhelfen. Damals organisierte Pedrolis Spanien-Komitee eine Solidaritäts-Kundgebung im Zürcher Volkshaus, an welcher auch der sozialdemokratische Parlamentarier Otto Nauereine Ansprache hielt. [83] Die Tagesschau strahlte eine Passage davon aus:

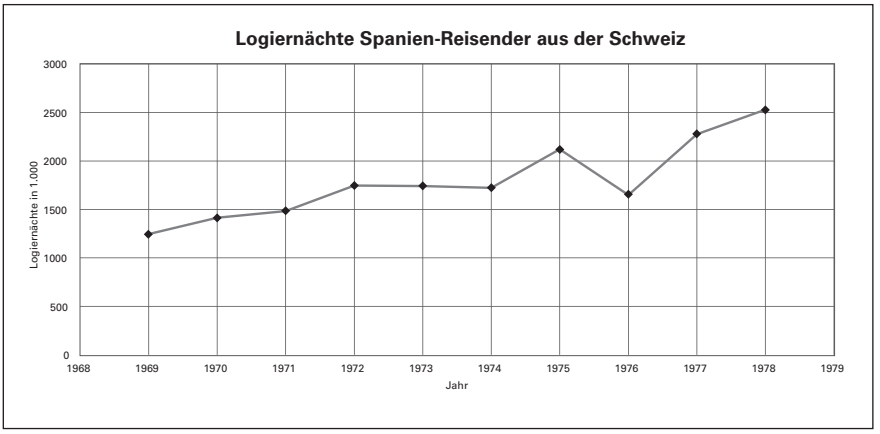
> Für uns Schweizer ist Spanien ein Ferienland *par excellence*. Die schweizerischen Touristen zwischen Mallorca und Marbella, zwischen Stierkämpfen und Flamenco, wissen kaum etwas über die spanische Diktatur. Von Streiks und Massenverhaftungen, von politischen Häftlingen in den politischen Gefängnissen ist an den sonnigen Stränden nie die Rede.[84]

Auffallend sind die starken Ähnlichkeiten, die Nauers Worte mit dem Vorwort des Buches *Ferienland Spanien?* aufweisen, das ein Jahr zuvor in Westdeutschland erschienen war.[85]

Während Nauers Ansprache Merkmale eines impliziten Boykottaufrufs aufweist, enthält die gedruckte Vorlage ein weiteres Element, namentlich die Vorstellung, dass Touristenpräsenz eine mässigende Wirkung auf polizeiliche Gewalt haben könnte, was wiederum als Ansporn gedeutet werden könnte, das Land zu bereisen. Dieser impliziten

80 Empörte Schweizer: «Nie mehr Ferien in Spanien!», in: Blick, Nr. 303, 29. Dezember 1970.
81 (Deutsch-)Schweizers Protest (Karikatur), in: Tages-Anzeiger, Nr. 305, 31. Dezember 1970.
82 Konfrontation in Burgos, in: Tagwacht, Nr. 290, 11. Dezember 1970.
83 Moisés Prieto, Antifranchismo e protezione dello Stato in Svizzera, in: Spagna contemporanea 39 (2011), S. 31–49, hier S. 46f.
84 BAR, J2.225 1996/68, Bd. 2241, Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 20. September 1975, (Hervorhebung durch den Autor).
85 Maugri Ciagar, Hannelore Koob, Ferienland Spanien? Ein Bild der Diktatur nach Briefen politischer Gefangener, Reinbek b. Hamburg 1974, S. 2.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet



Grafik 1. Logiernächte Spanien-Reisender aus der Schweiz 1969–1978. Quelle: Eidgenössisches Statistisches Amt, Reiseverkehr der Schweizer im Ausland, Bern 1974 und 1979.

Kritik an den sorglosen und unwissenden Schweizer Touristen in Spanien liegt gewissermassen ein linkes Ethos zugrunde,[86] das selbst dem Ferienhabitus eine politische Dimension beimass. Mit anderen Worten wurde dem helvetischen Tourismus in Spanien vorgeworfen, unabsichtlich und unwissentlich eine indirekte Kollaboration mit dem Regime einzugehen. Der Aufruf zu einem effektiven Boykott hatte ausserdem nicht bloss einen symbolischen Charakter, sondern auch beabsichtigt, einen der Grundpfeiler der spanischen Wirtschaft nachhaltig zu schwächen.

Unmissverständliche Aufrufe waren in etlichen Leserbriefen zu lesen, die in der Schweizer Presse abgedruckt wurden: «Nachdem ich die Berichte im *Blick* über die Hinrichtungen in Spanien gelesen habe, finde ich es angebracht, dass wir Spanien als Ferienland meiden sollten. Auch jedes spanische Erzeugnis sollten wir boykottieren.»[87] Ein weiterer Leser sah in der Schliessung aller Büros der spanischen Verkehrszentrale im Ausland und im Verzicht auf spanische Ferienziele ein taugliches Mittel, das das Regime zu einer Demokratisierung zwingen könnte.[88]

Die grossen Unterschiede bei der Beurteilung des Tourismus für den Demokratisierungsprozess Spaniens kennen ein Pendant in der historischen Diskussion zwischen Fachleuten, die dem Fremdenverkehr ein demokratisierendes Potential zuschreiben und der Positionierung anderer,

86 Vgl. Prieto, Apologie, S. 71.
87 Leserbrief von R. Schaffner, Bern, in: Blick, Nr. 230, 4. Oktober 1975.
88 Leserbrief von H. Frigerio, Zürich, in: Blick, Nr. 230, 4. Oktober 1975; siehe auch Leserbrief von E. R., Schluss mit Ferien in Spanien, in: Berner Tagblatt, 3. Oktober 1975.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

die die freiheitlichen Zugeständnisse der 60er-Jahre als Praxis «repressiver Toleranz» interpretieren.[89] Auch die US-amerikanische Autorin Barbara Probst Solomon mass der Präsenz von Ausländern in den 1940er-Jahren eine Hemmung für den franquistischen Staatsterror bei, wobei sie wohlgemerkt engagierte Journalisten und Literaten, die den Kontakt zur einheimischen Bevölkerung suchten, im Auge hatte.[90] Etwas zurückhaltender zeigte sich Carsten R. Moser, der dennoch schonungslos das Stereotyp des deutschen Massentouristen zeichnet.

> Für die Mehrheit der deutschen Urlauber, die im Sommer in Scharen nach Palma, Alicante, Benidorm oder Málaga strömen, um mit Hilfe von Sonne, Strand und Meer zwei, drei oder vier Wochen die Alltagssorgen zu vergessen und neue Kraft für das nächste Jahr zu schöpfen, ist der iberische Staat ein ideales Reiseland […].
>
> Doch lernt der deutsche Urlauber während seines Ferienaufenthalts das wirkliche Spanien kennen? Sicherlich nicht, wenn er sich nur in den Urlaubsgettos der Mittelmeerküste – mit Würstchenbuden, bayrischen Bierstuben und Zeitungskiosken, die den gesamten deutschen Blätterwald mit Ausnahme der Sex-Presse führen – aufhält. […] Wenn dieser Urlauber allerdings in seine Heimatstadt zurückkehrt und meint, die Probleme Spaniens zu kennen und beurteilen zu können, dann irrt er. 'Spain is different' – die Wahrheit, die sich hinter diesem bekannten und immer wieder angewandten Slogan versteckt, kann kaum in ein paar Wochen erfasst werden.[91]

Anders als Nauers Ansprache ist dieser Text keineswegs als Aufruf zum Boykott des Tourismusgeschäfts zu verstehen, sondern vielmehr als eine dringliche Aufforderung an die Adresse der Spanien-Touristen, mit der einheimischen Bevölkerung in Kontakt zu treten und sich ein eigenes Bild von den Zuständen im Lande zu verschaffen.

Vergleicht man beide Texte miteinander, so stellt man fest, dass die Kritik nicht erst beim Reisenden ansetzt, der bereits spanischen Boden betreten hat, sondern schon den ahnungslosen potentiellen Touristen ins Visier nimmt, der die Zustände in Spanien übersieht. Hier macht sich einerseits ein Ethos des «Informiert-Seins» bemerkbar, der den aktiven Bürger dazu verpflichtet, das Weltgeschehen zu verfolgen. Der ideale *Citoyen* im Sinne «vom klügeren, selbstbewusster am Markt agierenden

89 Crumbaugh, Destination Dictatorship, S. 33 und 52; Neil Moses Rosendorf, Be El Caudillo's Guest. The Franco Regime's Quest for Rehabilitation and Dollars after World War II via the Promotion of U.S. Tourism to Spain, in: Diplomatic History 30/3 (2006), S. 367–407.

90 Rafael Núñez Florencio, La percepción exterior de España durante el franquismo, in: Historia Contemporánea 30 (2005), S. 23–48, hier S. 34.

91 Carsten R. Moser, Spaniens wirtschaftliche Zukunft nach Franco, in: ders., Walter Haubrich (Hg.), Francos Erben. Spanien auf dem Weg in die Gegenwart, Köln 1976, S. 177–293, hier S. 177.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Menschen»[92] oder des permanent achtsamen Bürgers, des *citoyen vigilant*,[93] lässt sich hier als implizite Appellationsinstanz erkennen.

Andererseits liege eine solche Verantwortung nicht alleine beim Bürger, sondern auch bei den Medien. Wie bereits gesagt, kamen die Schweizer Medien dieser Aufgabe meistens nach, wobei noch um die Mitte der 60er-Jahre gerade im Schweizer Radio klar einseitige Bilder über die Situation in Spanien und mit Augenmerk auf die idyllischen Beziehungen zwischen beiden Ländern vermittelt wurden.[94] Die vorsätzliche Produktion von Unwissen, die politische oder wirtschaftliche Kalküle verfolgt und sich unter dem Namen «Agnotologie» einen Platz in der Wissenschaftsgeschichte gemacht hat,[95] scheint sich hier zu manifestieren. In dieselbe Sparte gehört auch der Kommentar jenes in Spanien lebenden Schweizers, der sich beim Bund über die spanienkritische Berichterstattung einer Schweizer Spanien-Korrespondentin beklagte.[96]

An dieser Stelle stellt sich unausweichlich die Frage nach der Wirksamkeit jener Appelle, Spanien als Reiseland zu vermeiden. Heinz Scherrieb schrieb in seiner 1975 erschienenen Dissertation dazu folgendes:

> Die völkerverbindende Wirkung des Tourismus bietet […] gleichzeitig die Möglichkeit, durch Unterbindung der Tourismusbewegung Druck auf andere, vom Fremdenverkehr abhängige Staaten auszuüben. Man machte aber im […] Jahr [1967] noch angesichts des Obristenaufstandes in Griechenland die Erfahrung, dass der Tourist für Aufforderungen zum Boykott kaum Verständnis zeigt.
>
> Die Sympathie für einzelne Länder hängt in erster Linie von der persönlichen Einstellung des Touristen und nicht von den Parolen seiner Regierung ab.[97]

Obschon der Autor den konkreten Fall der griechischen Militärjunta (1967–1974) nennt, lassen sich seine Überlegungen auch ohne weiteres auf das franquistische Regime übertragen. Die hier angesprochene

92 Stehr, Adolf, Konsum zwischen Markt und Moral, S. 205.
93 Pierre Rosanvallon, La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance, Paris 2006, S. 39–46 und 64–66.
94 Moisés Prieto, Finding Democracy in Spain. The Spanish Transition through Swiss Italian-speaking Radio programmes (RSI) 1975–1978, in: Media History 21/2 (2015), S. 192–207, hier S. 194.
95 Robert N. Proctor, Agnotology. A Missing Term to Describe the Cultural Production of Ignorance (and its Study), in: ders., Londa Schiebinger (ed.), Agnotology. The Making and Unmaking of Ignorance, Stanford 2008, S. 1–33.
96 Prieto, Apologie, S. 283.
97 Heinz R. Scherrieb, Der westeuropäische Massentourismus. Untersuchungen zum Begriff und zur Geschichte des Massentourismus, insbesondere der Verhaltensweisen bundesdeutscher Urlaubsreisender, Jur. Diss. Julius-Maximilians-Universität Würzburg 1975, S. 166.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Gleichgültigkeit gegenüber linken Parolen wird in einem Bericht der Basler *National-Zeitung* ersichtlich, der rund zehn Tage nach den letzten Erschiessungen in Spanien erschien.

Hanspeter Guggenbühl stellt hier eine gleichmässig wachsende Zunahme an Schweizer Spanien-Touristen fest, was durch eine rege Buchungsaktivität und geringe Stornierungen bestätigt werde: «'Ganz wenige Annullationen' gab es nur beim Reisebüro Imholz (Mallorca-Reisen) sowie beim Studentenreisedienst […] für Zugfahrten. Ausserdem hat beim [Studentenreisedienst] eine ganze Gruppe ihre Buchung zurückgezogen. Sonst ist der Tenor aber überall der gleiche: 'Keine Auswirkungen'.»[98] Besondere Schritte hätten nur die Reisegesellschaft Kuoni und der Studentenreisedienst unternommen. Paul Sprecher, Sekretär des Reisebüro-Verbandes und Zürcher sozialdemokratischer Gemeinderat, plädierte gegen einen Boykott: «'Wir sind ein Dienstleistungsbetrieb, es ist nicht unsere Aufgabe, politisch Stellung zu nehmen.' Sowohl als Verbandssekretär wie als Politiker vertritt Sprecher die Auffassung, dass jeder Bürger selbst entscheiden soll, welches Land er bereisen will und welches nicht.»[99] Hier lässt sich eine Analogie mit der Waffenausfuhr erkennen, bei der die Sozialdemokraten ebenfalls auf beiden Seiten der Barrikaden anzutreffen waren. Tatsächlich hatte die Wohlstandsmentalität seit den 1950er-Jahren die sozialdemokratische Fortschrittsidee in ihren Grundfesten erschüttert.[100]

Die unverminderte Anziehungskraft Spaniens als Ferienland lässt sich deutlich am Erfolg der Schweizer Reiseunternehmen ablesen. Im Jahre 1972 konnte die Kuoni AG erstmals ihren Namen in Spanien als geschützte Firmenmarke eintragen lassen. Es folgten eine provisorische Spanien-Lizenz und das erste Büro in der Madrider Innenstadt. 1975 wurden Büros in Palma de Mallorca und in Las Palmas bewilligt.[101] Mit einer ähnlichen Erfolgsgeschichte konnte auch die Genossenschaft Hotelplan punkten, die im Geschäftsjahr 1974/75 fünf eigene Verkaufs- und Auskunftsbüros in Spanien zählte. Im Geschäftsbericht desselben

98 Spanien bleibt Schweizer Reise-Hit, in: National-Zeitung, Nr. 313, 8. Oktober 1975.
99 Ebd. (Hervorhebung im Original).
100 Felix Müller, Jakob Tanner, «… im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft.» Zur Geschichte der Fortschrittsidee in der schweizerischen Arbeiterbewegung, in: Karl Lang, Peter Hablützel, Markus Mattmüller et al. (Hg.), Solidarität, Widerspruch, Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Zürich 1988, S. 325–367, hier S. 350–352.
101 Karl Lüönd, Weltwärts. Kuoni: Die Zukunft des Reisens seit 1906, Baden 2006, S. 182f.; Schweizerisches Wirtschaftsarchiv, Verkehr A 139, Ersatz-Dossier Kuoni Jahresberichte bis 1993, Geschäftsbericht 1973 Reisebüro Kuoni AG, Zürich 1974, S. 8.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Jahres werden Mallorca und die Kanarischen Inseln als «die bevorzugten Reiseziele» ausgewiesen.[102]

Auch bei einer quantitativen Betrachtung des westeuropäischen Spanien-Tourismus erweist sich, dass die Menschenrechtsverletzungen als hemmendes Argument weitgehend unwirksam blieben.[103] Die durchschnittliche jährliche Zunahme der ausländischen Touristen betrug zwischen 1950 und 1973 beeindruckende 16%.[104] Zwischen 1966 und 1973 hielt Spanien in der bundesdeutschen Statistik den dritten Platz der beliebtesten Reiseziele und stand damit hinter Österreich und Italien. Von 1966 bis 1972 nahm der Anteil westdeutscher Spanienreisender stetig zu und erreichte in diesem Jahr 13,3%, um dann auf 7,0% zu fallen.[105] Auch die französischen Touristen weisen ein vergleichbares Verhalten auf: 1969 besuchten 8,2 Millionen Franzosen Spanien.[106] Die Erdölkrise von 1973/74 dämpfte diese Entwicklung deutlich. Zwischen 1973 und 1976 sank die Tourismus-Nachfrage des Vereinigten Königreichs und der BRD.

Der Fluss von Touristen aus der Schweiz stellte diesbezüglich keine Ausnahme dar; auch sie liessen sich von den Werbeplakaten, den Billigflügen und dem günstigen Wechselkurs verführen. Die Daten aus dem Eidgenössischen Statistischen Amt bestätigen diesen Trend, wobei hier am Anfang die Logiernächte gezählt wurden (siehe Grafik 1). Von 1969 bis 1973 nahmen diese von rund 1,2 Millionen auf ca. 1,7 Millionen stetig zu.[107] Ein erster Einbruch ist ab 1974 zu verzeichnen – auch dieser vermutlich eine Folge der Energiekrise – der allerdings im Folgejahr mit über zwei Millionen Logiernächten wettgemacht wurde.[108] Im Jahre 1976 verzeichnete man einen noch stärkeren Rückgang mit einer relativen Ab-

102 Zentrale für Wirtschaftsdokumentation der Universität Zürich, e-1101, Schachtel 1936/37–1979/80, Geschäftsbericht 1974/75, Genossenschaft Hotelplan Zürich [1976], S. 4f.

103 Tom Buchanan, How 'Different' Was Spain? The Later Franco Regime in International Context, in: Nigel Townson (ed.), Spain Transformed. The Late Franco Dictatorship, 1959–1975, Basingstoke 2010, S. 85–96, hier S. 85; Pack, Tourism and Dictatorship, S. 111f.

104 Sánchez Picón, Marzo López, Spain is different, S. 141. Die starke Anziehung Spaniens wird auch bei Judt erwähnt, der für das Jahr 1966 17,3 Millionen und 34 Millionen ausländische Touristen für das Jahr 1974 zählt. Judt, Postwar, S. 517.

105 Scherrieb, Massentourismus, S. 118.

106 Sánchez, tourisme, S. 418.

107 Eidgenössisches Statistisches Amt, Reiseverkehr der Schweizer im Ausland 1973, Bern 1974, S. 8. Bis 1977 wurden bloss die Logiernächte, nicht aber die Einreise bzw. Grenzübertritte erfasst. Ferner ist bis 1975 nicht die (Schweizer) Nationalität der Touristen, sondern der ständige Wohnsitz (in der Schweiz) massgebend.

108 Eidgenössisches Statistisches Amt, Reiseverkehr der Schweizer im Ausland 1975, Bern 1976, S. 12.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

nahme der Logiernächte um 19%,[109] die jedoch 1977 mit 2,2 Millionen kompensiert wurden[110] und 1978 auf rund 2,5 Millionen anstiegen.[111] 1970 und 1972 genoss Spanien bei den Schweizer Touristen sogar eine leicht grössere Beliebtheit als die französischen Ferienziele und erreichte entsprechend den zweiten Platz nach Italien. In den übrigen Jahren blieb Spanien immerhin auf Platz drei.[112]

Fazit

Weder die Bestrebungen, die Waffenausfuhr nach Spanien oder in andere autokratische Regimes zu boykottieren, noch jene, die Schweizer Urlauber von spanischen Reisezielen abzubringen, zeigten irgendeine Wirkung. Auf den ersten Blick scheint sich erneut die alte Erfahrung zu bewahrheiten, wonach alle Menschen ausschliesslich die eigenen materiellen Interessen verfolgen.[113]

Das weitgehende Fehlen von Berührungsängsten mit dem Franco-Regime seitens des schweizerischen Wirtschaftsestablishments ging Hand in Hand mit einer impliziten Billigung des spanischen Autoritarismus, der seinerseits in der Nachkriegszeit immer mehr Zugeständnisse an den Marktliberalismus gemacht hatte. Die Attraktivität der Diktatur und die Chancen, die dem Schweizer Kapital hier offen standen, führten eine generelle Senkung der Hemmschwelle herbei, wie sie von Tony Judt auf den Punkt gebracht wurde: «To most onlookers […] the unpleasant regimes of southern Europe were thus not so much morally bankrupt as institutionally anachronistic.»[114] Die weitgehende Gleichgültigkeit, womit den kritischen Stimmen begegnet wurde, erinnert an die bereits angesprochene Inkompatibilität von Moral und Kapital. So redundant diese Erkenntnis auch scheinen mag, so dürften hier Comte-Sponvilles Worte ebenso treffend wie ernüchternd wirken: «Ein Wirtschaftssystem ist dazu da, Reichtum zu schaffen, wenn möglich zu minimalen sozialen, poli-

109 Eidgenössisches Statistisches Amt, Reiseverkehr der Schweizer im Ausland 1976, Bern 1977, S. 5.
110 Eidgenössisches Statistisches Amt, Reiseverkehr der Schweizer im Ausland 1977, Bern 1978, S. 5 und 13.
111 Eidgenössisches Statistisches Amt, Reiseverkehr der Schweizer im Ausland 1978, Bern 1979, S. 13.
112 Die Schweizer Begeisterung für die spanischen Reiseziele lässt sich erst recht bestätigen, wenn man die Entwicklung der Logiernächte mit derjenigen der schweizerischen Bevölkerungsbewegung für dieselbe Zeitspanne vergleicht. Vgl. Bundesamt für Statistik, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1979, Basel 1979, S. 31.
113 Ernst Fehr, Klaus M. Schmidt, A Theory of Fairness, Competition, and Cooperation, in: The Quarterly Journal of Economics 114/3 (1999), S. 817–868, hier S. 817.
114 Judt, Postwar, S. 525.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

tischen und ökologischen Kosten.»[115] Die Waffenausfuhr stellt hier vermutlich insofern einen opportunistischen Höhepunkt dar, als die Landesregierung durch den Artikel 11 des Bundesgesetzes ein gesetzliches Mittel zur Einschränkung der Kriegsmateriallieferung an problematische Länder besass. Die angebliche Schwierigkeit bei der Auslegung des Artikels erwies sich so als argumentatives Feigenblatt. Umso schwerer erscheint der Vorwurf der Gleichgültigkeit, wenn man sich vor Augen hält, dass sich am 24. September 1972 immerhin ganze 49,7% der Stimmen für ein absolutes Ausfuhrverbot ausgesprochen hatten und dass der Bundesrat dieser Tatsache in keiner Weise Rechnung trug. Die Folgen der Energiekrise von 1973/74 führen eine Relativierung herbei und mildern die absolute Verurteilung des Waffenexportes durch das Gegenargument des Verlustes von Arbeitsplätzen in der Waffenindustrie ab. Der moralische Standpunkt des sozialen Schutzes jener Fabrikarbeiter setzte sich demjenigen entgegen, der die militärische Aufrüstung eines menschenverachtenden Regimes verhindern sollte. Fragwürdig ist jedenfalls der Fakt, dass die vermeintlichen Argumente im Interesse der Arbeitnehmer auch von Vertretern von Parteien angeführt wurden, die traditionellerweise die Interessen der Arbeitgeber verkörpern.

Bemerkenswert ist auch die völlig inkonsistente Positionierung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die bei der Diskussion um das Kriegsmaterialausfuhr-Verbot einerseits als Vorkämpferin einer pazifistischen Weltgesellschaft auftrat, sich aber andererseits als Interessensvertreterin der in der Waffenindustrie tätigen Arbeiterschaft gerierte und dabei sogar einer nach neuestem Stand ausgerüsteten Landesverteidigung das Wort redete. Diese Widersprüchlichkeit lässt sich weitgehend mit der Integration der Partei in den bürgerlichen Staat und ihrem definitiven Einzug in die Landesregierung erklären.[116]

Auch in Bezug auf die Spanien-Reisen stellt man ein paradoxes Verhalten fest. Die Massen von Schweizer Touristen, die ähnlich wie die

115 Comte-Sponville, Kapitalismus, S. 96.

116 Bernard Degen, Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten, Zürich 1993, S. 126f.; Kurt Imhof, Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung. Von der «Volksgemeinschaft» vor dem Krieg zum Streit über die «Nachkriegsschweiz» im Krieg, in: ders., Heinz Kleger, Gaetano Romano (Hg.), Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996 (Krise und sozialer Wandel, Bd. 2), S. 19–83, hier S. 19; Katharina Bretscher-Spindler, Vom heissen zum Kalten Krieg. Vorgeschichte und Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg 1943 bis 1968, Zürich 1997, S. 292–294; Jakob Tanner, Switzerland and the Cold War. A Neutral Country between the 'American Way of Life' and 'Geistige Landesverteidigung', in: Joy Charnley, Malcolm Pender (ed.), Switzerland and War, Bern 1999, S. 113–128, hier S. 123f.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

Briten, Deutschen und Franzosen ungeachtet linker Appelle Spanien bereisten, zeigten deutlich, wie sehr Badeferien im Ausland als wohlstandsbedingte Praxis der Nachkriegszeit im Zeichen der Konsumgesellschaft nahezu einen Status der Unverzichtbarkeit erlangt hatten.[117] Besonders für eine Generation, welche die durch den Krieg erzeugte Not kennengelernt hatte, ermöglichte die soziale und ökonomische Prosperität neue hedonistische Lebensformen.[118] In dieser Indifferenz stellt man die politische und gesellschaftliche Doktrin fest, namentlich den «Super-Liberalismus»,[119] wogegen moralisch motivierte Mobilisierungen und Aufforderungen generell chancenlos blieben.[120]

Dass nicht ausschliesslich die Linke auf das Moral-Argument zurückgriff, zeigen die Verweise auf die Vertragstreue und auf den Schutz der Arbeitnehmer in der Schweizer Waffenindustrie seitens bürgerlicher Politiker. Es lässt sich feststellen, dass der Moral-Diskurs in einen solchen überging, der zunehmend auf die Menschenrechte (oder die «Menschenwürde») fokussierte. Die ARW stützte sich anfänglich auf Moral; ihre Gegner kehrten den Spiess um. Der Wortlaut der parlamentarischen Vorstösse, wo weder «Moral» noch Ableitungen davon vorkommen, zeigt dies besonders deutlich, vor allem bei der Frage der Auslegung von Artikel 11. Dies ist damit zu erklären, dass der Menschenrechtsbegriff anders als jener der Moral eine grössere juristische Schärfe, Sachlichkeit und Exaktheit aufweist. Ferner dürfte sich ersterer Begriff auch aufgrund der am 1. August 1975 abgeschlossenen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, deren Schlussakte selbst von Spanien mitunterzeichnet wurde, einer gewissen Aktualität erfreut haben.[121] In der Kritik am Spanien-Tourismus blieb Moral hingegen stets implizit. Nicht die fehlende juristische Exaktheit spielte hier eine Rolle, sondern vermutlich das Unzeitgemässe womit Moral behaftet war, das im Hedonismus einen ungleich starken Kontrahenten hatte.

Der skrupellose Waffenhändler, der dank bundesbehördlicher Kulanz seine Exportpraxis getrost fortsetzen konnte, und der ahnungs- und sorglose Ferienreisende sind gleichsam die zwei Topoi, denen eine völlige moralische Indifferenz gegenüber öffentlichen Anprangerungen

117 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2009, S. 333.
118 Torp, Wachstum, S. 103.
119 Heinz Kleger, Normalfall und Sonderfall. Unheimliche Stabilität bei rasanten Veränderungen 1956–1963, in: ders., Kurt Imhof, Gaetano Romano (Hg.), Vom kalten Krieg zur Kulturrevolution. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er- und 60er-Jahre, Zürich 1999 (Krise und sozialer Wandel, Bd. 3), S. 191–234, hier S. 223–227.
120 Hobsbawm, Zeitalter der Extreme, S. 376f.; Hilger, «Kapital und Moral», S. 23.
121 Fanzun, Solidarität, S. 105–118; Prieto, Apologie, S. 307f.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet

vorgeworfen wurde. Ferner öffnet einerseits die Verzerrung bei der behördlichen Beurteilung der «waffenlieferungsunwürdigen» Länder und andererseits die Kritik am unwissenden Touristen einen Blickwinkel im agnogenischen Sinne, das heisst, der absichtlichen Verbreitung von Unwissenheit zwecks Gewinnmaximierung und zur Wahrung staatsräsonmotivierter Interessen bzw. zur Maximierung von Vergnügen bei niedrigem Kenntnisstand.[122] Die Frage nach der Moralisierung der Wirtschaft geht also Hand in Hand mit einer solchen nach der vorherrschenden Wissensgesellschaft. Der Vorwurf der Ignoranz an die Adresse der Spanien-Touristen und die Frage, wie diesem Missstand Abhilfe geschaffen werden könnte, führt uns unausweichlich zu einer solchen nach der Rolle der Medien und der öffentlichen Meinung, die seit der Französischen Revolution die Funktion öffentlicher Wachsamkeit innehaben.[123]

Das zu Beginn zitierte Buddenbrooksche Gebot dürfte ähnlich wie Artikel 11 des Bundesgesetzes und die Boykottaufrufe an die Touristen weitgehend missachtet worden sein, oder aber der ruhige Schlaf entpuppte sich letzten Endes als ein goyesker, «Ungeheuer gebärender» Schlaf, dessen Folgen schwer abzugrenzen sind, der aber der letzten rechtsautoritären Diktatur Südeuropas fraglos zugutekamen.

122 Rawls, Theorie der Gerechtigkeit, S. 602f.
123 Rosanvallon, contre-démocratie, S. 43–45.

© 2016 Schwabe Verlag Basel – Open Access erst ab 1.5.2017 gestattet